

# Gründungsmanifest

Viele Menschen in diesem Land fühlen sich in ihrer materiellen Existenz bedroht. Sie spüren, dass die Grundlagen unseres Sozialstaates, das heißt der sozialen Sicherung und des öffentlichen Lebens, durch die gegenwärtige neoliberale Politik zerstört werden. Mehrere Millionen Menschen haben keine Arbeit. Viele von ihnen haben unter den derzeitigen politischen Bedingungen keine Aussicht, je wieder einen Existenz sichernden Arbeitsplatz zu finden. Die Massenarbeitslosigkeit geht mit Verarmung, Verschuldung und sozialer Ausgrenzung vieler Betroffener einher. Gleichzeitig wächst bei vielen abhängig Beschäftigten und Selbständigen die Angst vor dem Verlust des noch vorhandenen Arbeitsplatzes oder vor Verarmung. Die im Gefolge der Agenda 2010 eingeleiteten Veränderungen haben einen breiten Armutssektor geschaffen, zu dem bundesweit ca. 11 Millionen und in Berlin mehr als eine halbe Million Menschen gehören. Verantwortlich für die Verarmung von Millionen Menschen ist die neoliberale Politik der regierenden Parteien. Die neoliberale Politik führt zu einer immer mehr zunehmenden Umverteilung von unten nach oben. Sie führt damit auch zur Verarmung des Staates und zum Niedergang des nicht gewinnorientierten öffentlichen Sektors wie Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur.

## **Wir stehen in der Tradition der WASG**

Die xyz ist eine Nachfolgeorganisation der WASG. Das Gründungsprogramm und das Landeswahlprogramm Berlin der WASG haben für uns weiter Geltung. Die WASG war angetreten, den Vormarsch des Neoliberalismus in unserem Land aufzuhalten. Das Problem besteht weiter. Der neoliberale Unsinn feiert in unseren Parlamenten und in der Gesellschaft immer wieder fröhliche Urstände. Also treten wir wieder an. Wir halten an unseren Zielen fest. Wir sind die soziale Alternative. Unser politisches Handeln orientiert sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit. Politische Entscheidungen dürfen die Zukunftsfähigkeit der Welt und des Menschen nicht gefährden. Darum ist eine Politik nötig, die Alternativen anbietet. Demokratie und Menschenrechte für alle sind grundsätzliche Voraussetzungen für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft.

## **Wir sind eine Sammlungsbewegung**

Genauso wie es die WASG war, ist die xyz eine Sammlungsbewegung aller vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten. Sie alle arbeiten bei uns zusammen, um die neoliberale Offensive zum Umbau unserer Gesellschaft aufzuhalten und die sozialen Sicherungen zu erhalten und wieder auszubauen. Das Spektrum reicht dabei von Sozialistinnen und Sozialisten über Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bis zu sozial orientierten Christinnen und Christen. Diese Breite der politischen Überzeugungen und Theorietraditionen, die wir vereinen, ist eine unserer wichtigsten Stärken. Uns eint die Erkenntnis, dass wir zusammen die überwältigende Mehrheit in diesem Land sind – aber eben nur gemeinsam.

## **Außerparlamentarische soziale Opposition**

Wir wissen, dass die parlamentarische Arbeit ohne eine sie tragende außerparlamentarische Bewegung nichts erreichen kann. Die außerparlamentarische Bewegung zu stärken und zu unterstützen wird immer ein wichtiges Ziel der xyz sein. Verbesserungen für die vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten sind gegen die Interessen der Mächtigen und Starken auch im Parlament nicht einfach durchzusetzen. Dazu bedarf es erheblichen Drucks von unten. Die xyz will diesen Druck fördern. Sie wird mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, kritischen Teilen der Kirchen und Verbände nicht nur diskutieren, sondern außerparlamentarische und parlamentarische Auseinandersetzungen in Verbindung bringen, um den sozialen Forderungen mehr Nachdruck und Durchsetzungskraft zu verschaffen.

## **Soziale Alternative im Parlament**

Wir wissen aber genauso, dass eine effektive Interessenvertretung auch die Präsenz in parlamentarischen Gremien einschließen muss. Die Arbeit in Parlamenten ist für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel der sozialen Opposition. Wir wollen damit:

- die für viele Menschen nicht durchschaubaren parlamentarischen Vorgänge verständlicher machen und in die Öffentlichkeit bringen;
- die sozialen Initiativen, Verbände und Gewerkschaften stärker an den parlamentarischen Konflikten beteiligen;

- Sprachrohr für außerparlamentarische Forderungen werden, diese Forderungen auf die parlamentarische Bühne heben und damit Öffentlichkeit für die Menschen herstellen, denen sonst nicht zugehört wird;
- Informationen, die nur im parlamentarischen Raum zu erlangen sind, für die soziale Bewegung nutzbar machen.

### **Regierungsbeteiligung?**

Eine eventuelle Beteiligung an Regierungen kommt für uns nur in Frage, wenn dieses zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt. Das ist derzeit nicht möglich. Wir werden nicht versuchen, uns als das „kleinere Übel“ anzupreisen. Besonders werden wir beachten, dass eine Regierungsbeteiligung die außerparlamentarische Opposition nicht behindern darf, sondern sie stärken muss.

### **Was ist Politik?**

Heute wird in der Politik gerne von Sachzwängen geredet, denen sich die Politikerinnen und Politiker zu beugen hätten. Da die Neoliberalen wissen, dass ihre Politik von den Menschen abgelehnt wird, versuchen sie meist gar nicht, diese Politik als wünschenswert darzustellen, sondern konzentrieren sich darauf, das Vorhandensein von Wahlmöglichkeiten zu leugnen. „Es gibt keine Alternative“ ist die Standardaussage aller Neoliberalen von Margret Thatcher bis zur Berliner Linkspartei.PDS. Diese Aussage ist falsch. Es gibt immer Alternativen. Politik ist das Aufzeigen dieser Alternativen und die Entscheidung über sie. Wer Alternativen leugnet, lässt Politik zur bloßen Verwaltung verkommen.

### **Falsche Wirtschaftspolitik**

Die Produktivität hat in unserem Land einen Stand erreicht, der in seiner Höhe in der Geschichte einmalig ist. Diese hohe Produktivität schafft die Grundlage für einen steigenden Lebensstandard, für mehr Freizeit, eine bessere soziale Absicherung, eine bessere Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und den Umbau der Wirtschaft in Richtung ökologische Nachhaltigkeit. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik werden alle diese Möglichkeiten nicht genutzt. Stattdessen verwandelt sich diese Quelle des Wohlstands in eine Quelle des Leids. Was die Arbeit erleichtern kann, vergrößert den Stress; was die Arbeitszeit ergiebiger macht, vermehrt die Arbeitslosigkeit. Durch den Produktivitätsfortschritt könnten wir weniger arbeiten und besser leben. In der jetzigen Situation müssen einige mehr arbeiten und andere können fast nichts konsumieren. Das ist absurd.

### **Wirtschaft für die Menschen**

Die Wirtschaft hat der Versorgung des Menschen zu dienen. Die Unterwerfung des Menschen unter die Interessen der „Wirtschaft“ lehnen wir ab. Die Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität muss zum Wohl aller genutzt werden. Alle Menschen haben ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Deshalb fordern wir eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich. Da die Arbeit immer weniger wird, muss sie umverteilt werden. Auch starke Verkürzungen der Arbeitszeit sind mit vollem Lohnausgleich möglich. Dadurch würden nur die Reallohnverluste der letzten Jahre ausgeglichen .

Von der Arbeit muss der Mensch leben können. Wir fordern für alle Beschäftigungsverhältnisse einen Mindestlohn, der sicher stellt, dass durch eine Vollzeitarbeit ein Einkommen über der Armutsgrenze erzielt wird.

Wir brauchen mehr selbstbestimmte Arbeit. Häufig wissen die Betroffenen am besten, wo sie ihre Arbeitskraft zum Nutzen der Gesellschaft einbringen können. Für Menschen, die nicht arbeiten können, z. B. auch weil die Gesellschaft ihnen keine Arbeit zur Verfügung stellt, brauchen wir ein repressionsfreies und existenzsicherndes Grundeinkommen.

### **Steuerpolitik**

Nachdem in der Vergangenheit Steuergeschenke an Reiche und Konzerne in Milliardenhöhe gemacht wurden, stellen dieselben Politikerinnen und Politiker in der Folge fest, dass der Staat nicht genügend Geld zur Verfügung hat, um Investitionen und soziale Errungenschaften zu finanzieren. Ob Kindergärten, Bildung, Forschung, Feuerwehr, Gesundheitswesen oder soziale Dienste, es gibt einen riesigen Bedarf an nicht gewinnorientierten öffentlichen Dienstleistungen. Wir fordern die Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und für Unternehmen wieder auf ein vernünftiges Niveau anzuheben und daraus mehr öffentliche Beschäftigung zu finanzieren. Denn öffentliche Beschäftigte erzeugen öffentliche Dienstleistungen, die uns allen zu Gute kommen.

## **Privatisierung schadet der Bevölkerungsmehrheit**

Die Verarmung des Staates durch die Steuerpolitik ist durchaus gewollt, denn sie ermöglicht es das öffentliche Eigentum unter Wert an Privatunternehmen zu verkaufen. Wir lehnen diese Politik ab, die nur wenigen Reichen nutzt und der Mehrheit der Bevölkerung schadet. Im Gegensatz zu öffentlichen Unternehmen müssen Private zusätzlich zu den Kosten noch einen Gewinn erwirtschaften. Teilweise senken die Privaten vorerst die Preise. Dieses basiert in der Regel auf einem Zurückfahren der Erhaltungsinvestitionen, langfristig führt diese Unternehmenspolitik zu einem starken Steigen der Kosten und Preise, sobald die aufgeschobenen Investitionen nachgeholt werden müssen. Diese Erfahrung haben schon viele Länder und Gemeinden machen müssen, die bei der Privatisierung die Vorreiterrolle gespielt haben. Oft müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher aber auch gar nicht so lange warten. Sobald das Privatunternehmen seine Gewinne nicht mehr hoch genug findet, erhöht es die Preise, wie zum Beispiel die Berliner Wasserbetriebe.

Insbesondere gehört die öffentliche Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, da alle Menschen sie zum Leben brauchen. Daher muss sicher gestellt werden, dass die Kaufkraft der Anspruchsberechtigten keine Rolle spielt. Gesundheit, Bildung und Sicherheit braucht auch, wer sie gerade nicht bezahlen kann. Dieses können und wollen private Unternehmen nicht leisten. Obendrein gibt es hier häufig natürliche Monopole, wenn bis in jeden Haushalt verzweigte Leitungsnetze geschaffen werden müssen, wie zum Beispiel bei Strom, Wasser und Telefon. Eine richtige Konkurrenz ist hier gar nicht möglich.

## **Ökologischer Umbau**

Zum Erhalt der Umwelt brauchen wir einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. In seiner jetzigen Form ist unser Wirtschaftssystem nicht zukunftsfähig. Dieser Umbau ergibt einen riesigen Bedarf an Investitionen. Diese Investitionen können nur durch die öffentliche Hand gelenkt werden. Ungesteuertes privatwirtschaftliches Wachstum führt häufig zu sozialen Verwerfungen und ökologischen Schäden, da soziale Gerechtigkeit und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen für Privatunternehmen keine Ziele ihres Handelns sind. Das Ziel von Privatunternehmen ist das Erwirtschaften von kurzfristigen Gewinnen. Daher brauchen wir ein großes, demokratisch kontrolliertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

## **Menschenrechte, Hartz IV**

Jeder Mensch hat ein Recht auf Ernährung, Kleidung und Wohnung. Darüber hinaus hat er ein Recht, sich in die Gesellschaft einzubringen. In unserer Gesellschaft geschieht dieses in erster Linie über die Erwerbsarbeit. Jeder Mensch hat Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft, wenn er diese braucht. Jeder Mensch hat ein Recht auf seine eigene Entwicklung, auf Kultur und Bildung. Und – in einer Demokratie sehr wichtig – jeder Mensch hat ein Recht darauf, an der politischen Willensbildung teil zu nehmen. Diese Rechte des Menschen dürfen nicht von seiner Finanzkraft abhängen, er verdankt diese Rechte seinem Menschsein, sie sind nicht das Entgelt für erbrachte Leistungen.

Hartz IV widerspricht diesen grundlegenden Rechten und muss deshalb abgeschafft werden. Die Regelsätze reichen nicht für ein Leben in unserer Gesellschaft und können vom JobCenter sogar noch weiter gekürzt werden. Die ALG-2-Bezieher werden bis in ihre Privatsphäre hinein bespitzelt. Die so genannten MAE sind nichts anderes als Zwangsarbeit für 1 EURO in der Stunde. Das ein solches Gesetz in unserer Gesellschaft immer noch geduldet wird, ist eine Schande.

## **Gleiche Rechte für alle**

Wir setzen uns für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung ein. Alle längerfristig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir sind für demokratische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, im Gegenteil wir bejahen kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann. Frauen werden in unserer Gesellschaft auch heute noch klar benachteiligt. Durch den Druck auf dem Arbeitsmarkt, den Sozialabbau und das Wiedererstarken traditioneller Zurück-an-den-Herd-Ideologien wird diese Benachteiligung durch die neoliberale Politik wieder verstärkt. Solange die Gleichheit nicht verwirklicht ist, ergibt sich daraus eine Verpflichtung der Gesellschaft zur Förderung der Benachteiligten. So müssen z. B. Migrantinnen und Migranten bei

ihren Integrationsbemühungen aktiv unterstützt werden. Genauso müssen Frauen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt, eine besondere Förderung bekommen.

### **Mehr Demokratie – weniger Marktmacht**

Alle Macht muss sich demokratischer Kontrolle beugen. Wir brauchen eine weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche. Politische und gesellschaftliche Prozesse müssen unabhängig von der Einflussnahme finanzkräftiger Interessengruppen für alle transparent gemacht werden.

Wir wollen wieder mehr Demokratie wagen. Die Möglichkeiten für direkte Demokratie, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen sind zu schaffen bzw. auszuweiten.

Die Menschen brauchen mehr Möglichkeiten, auf die politische Entwicklung ihrer Umgebung Einfluss zu nehmen.

Wir setzen uns ein für eine Demokratisierung der Wirtschaft, den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist Ziel und Bedingung für einen nachhaltigen Politikwechsel. Eigentumsrechte müssen da ihre Grenze finden, wo sie mit Menschenrechten oder den Interessen der Gesellschaft kollidieren, wo betriebswirtschaftliches Handeln zu volkswirtschaftlichen Schäden führt.

### **Wir sind links!**

Wir sind links, denn für uns ist soziale Gerechtigkeit der wichtigste Wert. Wir sind links, denn die Gleichwertigkeit aller Menschen ist für uns nicht diskutabel. Die Ansätze der Rechten, die die Ungleichheit der Menschen behaupten und Rassismus, Nationalismus und Eliten-Bildung erzeugen, sind falsch.

Wir sind links, denn für uns ist Freiheit nicht nur die Freiheit der Zahlungskräftigen. Nicht nur die Macht des Staates kann die Freiheit der Menschen einschränken, sondern auch die Macht von Privatpersonen und privaten Unternehmen. Durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaft wachsen die Gefahren von dieser Seite immer mehr. Inzwischen kontrollieren Private immer mehr den öffentlichen Raum, die öffentliche Meinung, Forschung und Bildung und die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Rechte von Mieterinnen und Mietern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern werden immer mehr eingeschränkt.

Trotzdem nennen wir uns nicht die Linke oder Linkspartei, weil es neben uns noch andere linke Parteien gibt. Und das ist auch gut so. Wir sind jederzeit bereit für Bündnisse mit anderen Organisationen, die unsere Ziele teilen.

### **Gefahr von rechts**

Immer mehr Menschen finden in den etablierten Parteien keine Vertretung ihrer Interessen mehr. Folgerichtig entziehen sie der Politik ihr Vertrauen. Die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren und alle großen Parteien verlieren Mitglieder. Dieses nutzen rechtsextreme Parteien und Gruppen und treten mit Aussagen zu sozialen Themen an, die sich von unseren scheinbar kaum unterscheiden. Besonders in einigen neuen Bundesländern erringen sie damit beachtliche Wahlerfolge. Die „Lösungen“ der Neonazis sind menschenverachtend und gesellschaftszerstörend: Wer „Ausländer raus“ fordert, sät nur Hass und Zwietracht, lässt die Ursache des Übels außer Acht. Auch wenn die Nationalistinnen und Nationalisten das nicht gerne sagen: Nationalismus ist aggressiv und führt früher oder später zu Krieg. Soziale Gerechtigkeit endet nicht an den Grenzen von Nationalstaaten.

### **Auch die Linkspartei.PDS ist keine Alternative**

Was für eine Politik die Linkspartei.PDS jenseits aller theoretischen Aussagen macht, sehen wir in Berlin leider seit sechs Jahren. Der rot-rote Senat war häufig der Vorreiter des neoliberalen Sozialabbaus. Ob der Ausstieg aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes oder der Verkauf der Berliner Sparkasse, ob die Erhöhung der Kita-Gebühren oder die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, ob die Streichungen im Kulturbereich oder die Umsetzung von Hartz IV, ob die Risikoübernahme für die Fondszeichner der Berliner Bankgesellschaft oder die Zustimmung Berlins im Bundesrat zum EU-Verfassungsentwurf – die Linkspartei.PDS hat sich stets als treuer Erfüllungsgehilfe der neoliberal dominierten SPD gezeigt. All diese Beispiele zeigen: Die Linkspartei.PDS verfolgt in der politischen Praxis ganz andere Ziele als wir.

### **Und was ist mit der WASG?**

Seit der Bundestagswahl 2005, und vielleicht auch schon davor, wollte die Mehrheit des Bundesvorstands der WASG und der Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder der WASG waren, den

Anschluss der WASG an die PDS. Die WASG als junge Partei mit wenig gefestigten Strukturen und von oben kontrollierten Informationsflüssen hatte dem wenig entgegen zu setzen. Die überwiegend westdeutschen WASG-Mitglieder sind mit der praktischen Politik der PDS nicht vertraut. Sie bewerten diese in erster Linie nach ihren Schriftstücken. Obendrein konnte sich Oskar Lafontaine wohl nicht vorstellen, in eine Partei mit dauerhaft steigenden Mitgliederzahlen einzutreten. Durch den auf der Bundesebene beschlossenen Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS hört die WASG auf zu existieren. Damit wurde der neue Ansatz der WASG der Westausdehnung der PDS geopfert.

### **Heißt das jetzt nicht Linke Punkt?**

In der „neuen“ Partei „Die Linke.“ stammt die überwältigende Mehrheit der Mitglieder aus der Linkspartei.PDS. Nachdem sich die PDS zur Bundestagswahl 2005 in Linkspartei.PDS umbenannt hatte, ändert sie jetzt wieder ihren Namen in DIE LINKE. Mit vielen schönen Worten wird die „LINKE.“ als „politische Neugründung“ dargestellt, obwohl es sich um die nach Westen ausgedehnte alte PDS handelt. Es ist der WASG nicht gelungen, zu kritischen Punkten wie der Regierungsbeteiligung, der Privatisierung oder dem Abbau öffentlicher Beschäftigung belastbare Aussagen im Programm der fusionierten Partei zu verankern. Daher ist damit zu rechnen, dass auch in der „Linken.“ wieder soziale Theorie und neoliberale Praxis so weit auseinander klaffen werden wie bei keiner anderen Partei. Sie ist in mehreren Bundesländern an Regierungen beteiligt gewesen und wird 2009 die Regierungsbeteiligung im Bund anstreben, obwohl es keine möglichen Koalitionspartner für eine nicht neoliberale Politik gibt.

### **Innerparteiliche Demokratie**

Die Erfahrung der WASG zeigt uns die Wichtigkeit innerparteilicher Demokratie. Die WASG wurde von oben nach unten aufgebaut und gesteuert. Vor Ort entstandene demokratische Strukturen wurden beiseite geräumt, wenn sie den Absichten einiger Gründungsmitglieder widersprachen. Der Berliner Landesverband hatte darunter besonders zu leiden mit der Einsetzung eines Landeskoordinators (2004) und der widerrechtlichen Amtsenthebung des Landesvorstands (2006) durch den Bundesvorstand. Diese Defizite machten den Weg frei für die Selbstaufgabe der WASG durch die Fusion mit der Linkspartei.PDS. Auf Grund dieser Erfahrung legen wir Wert auf die Rechte der einzelnen Mitglieder. Alle Funktionsträger sind bei uns jederzeit wieder abwählbar.

### **Wieder benötigt: Eine neue soziale Kraft!**

Unser Land braucht jetzt eine neue politische Kraft, die konsequent für die Interessen der vom Sozialabbau Betroffenen und Bedrohten eintritt. Auch wenn wir uns zunächst nur in Berlin gründen, behalten wir die bundespolitische Entwicklung im Blick und erachten eine spätere bundesweite Ausdehnung für notwendig.

**Wir sind parteilich – auf der Seite derjenigen, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, auf der Seite der Schwachen, der Armen und Ausgegrenzten. Ihnen wollen wir wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen. Wir wollen bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse für die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir erstreben eine emanzipatorische, soziale und demokratische, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft unserer Gesellschaft.**